

Stadt Hildburghausen



NIEDERSCHRIFT

über die
28. Sitzung des Stadtrates
vom
01.12.2011

- öffentlicher Teil -

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

Ort: Sitzungssaal, Clara-Zetkin-Str. 3, 98646 Hildburghausen

- | | | |
|--------------------------|-----------------------|--------------------------------------|
| • Placht, Michael | Ortsteilbürgermeister | nur im öffentlichen Teil
anwesend |
| • Schilling, Fritz-Georg | Ortsteilbürgermeister | nur im öffentlichen Teil
anwesend |

Schriftführer/in

- Haschlar, Karin

von der Verwaltung

- | | | |
|------------------------|-------------------------------------|---|
| • Carl-Schumann, Lissy | Kämmerin | wird durch Herrn Löhnert
vertreten |
| • Halbig, Dagmar | Stadtarchitektin | |
| • Heß, Kerstin | Leiterin Büro 02 | nur im öffentlichen Teil
anwesend |
| • Ludwig, Jürgen | Kulturmanager | im nö. Teil bis 20.30 Uhr
anwesend |
| • Schwarz, Wolfgang | Leiter Büro 01 | im nö. Teil bis 20.30 Uhr
anwesend |
| • Stange, Margitta | Leiterin Kultur- und So-
zialamt | |
| • Ullrich, Thomas | | vertritt Amtsleiterin Frau
König, im nö. Teil nicht
mehr anwesend |

Presse

- | | | |
|-------------------|-------------|--------------------------------------|
| • Nagel, Waltraud | Freies Wort | nur im öffentlichen Teil
anwesend |
|-------------------|-------------|--------------------------------------|

Gäste

- | | | |
|----------------|----------------------------------|--------------------------------------|
| • Herr Klering | GF Wohnungsgesell-
schaft mbH | nur im öffentlichen Teil
anwesend |
|----------------|----------------------------------|--------------------------------------|

Abwesende und entschuldigte Personen:

Stadtratsmitglieder

- | | | |
|---------------------|------------|--------------|
| • Laube, Sabine Dr. | Stadträtin | entschuldigt |
|---------------------|------------|--------------|

von der Verwaltung

- König, Dietmar
- Paul, Bernhard

TAGESORDNUNG

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 26. Sitzung des Stadtrates vom 21.09.2011 und der 27. Sitzung vom 02.11.2011 - öffentlicher Teil
4. Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt
5. Informationen durch den Bürgermeister - Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters
6. **275/2011**
Wahl des 2. Beigeordneten
7. Wahl des 2. Beigeordneten, wenn erforderlich
8. **257/2011**
Ergänzungssatzung für den Bereich östlich der Straße "Am Kreuz" in der Gemarkung Pfersdorf, Billigungs- und Auslegungsbeschluss
9. **264/2011**
Einzelantrag zur Förderung der Sanierungsberatung 2012 im Städtebauförderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz
10. **278/2011**
Vergabe "Margarete-Braungart-Preis" für Kunst und Kultur der Stadt Hildburghausen im Jahr 2012
11. Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsteilbürgermeistern

P R O T O K O L L

- Öffentlicher Teil -

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister Herr Harzer eröffnet die 28. Sitzung des Stadtrates und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt den rechtzeitigen Zugang der Einladung fest.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, von 25 Mitgliedern sind 24 anwesend. Frau Dr. Laube ist entschuldigt.

TOP 2

Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

TOP 3

Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates - öffentlicher Teil

Über die Niederschrift der 26. Sitzung vom 21.09.2011 wird ohne Hinweise und Änderungsvorschläge wie folgt abgestimmt:

20 dafür, 4 Enthaltungen

Zur Niederschrift der 27. Sitzung vom 02.11.2011 werden folgende Änderungen vorgeschlagen:

Seite 13, unter Aussage von Stadtrat Kummer muss es heißen: „...Freistaat **Bayern**...“

Seite 20 mitte, „... **das** Fräsgut ...“

Seite 21, Aussage von OT-Bürgermeister Pfersdorf muss es heißen: „... Kürzung der **Ortschaftsratsgelder** ...“

Abstimmung: 22 dafür, 2 Enthaltungen

TOP 4

Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt

Von Bürgern werden keine Anfragen gestellt.

TOP 5

Informationen durch den Bürgermeister - Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters

- Heute wurde ein Schreiben vom Gemeinde- und Städtebund Thüringen vom 01.12.2011 zum kommunalen Finanzausgleich und eine Pressemitteilung vom 28.11.2011 zum Appell: „Steuermehreinnahmen des Landes in vollem Umfang an Kommunen“ an die Stadträte übergeben.

Aufgrund der vorgesehenen Aufteilung der 55 Mio. € durch das Land werden die Kommunen massive Probleme bekommen. Diese in dem Schreiben vorgeschlagene Aufteilung entspricht nicht dem bisherigen Verteilerschlüssel.

- Weiterhin wurde eine e-mail von Frau Dr. Sabine Laube den Stadträten übergeben, in der sie sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Es wurde mehrfach versucht ihr zu erklären, dass die Niederschriften nichtöffentlicher sowie öffentlicher Sitzungen sowie die Sitzungsunterlagen nicht an die Stadträte verteilt werden, die über einen PC verfügen (§ 1 Abs. 2 der GO). Weshalb sie ihren Zugang zum Ratsinformationssystem nicht nutzt, ist nicht nachvollziehbar. Das Ratsinformationssystem greift nicht auf ihren Computer und ihr Praxissystem ein. Normalerweise ist ein Heimcomputer und nicht der Dienstcomputer für die Bereitstellung der Unterlagen zu nutzen. Die Bereitstellung der Unterlagen per Computersticks ist aufgrund der Gefahr der Anfälligkeit für Viren problematisch.

- Information an die Fraktions-Vors. und OT-Bürgermeister, die NS von Fraktions-Sitzungen und Sitzungen des Ortschaftsrates bis zum 14.12.2011 zwecks Zahlung der Entschädigung noch in diesem Jahr in der Verwaltung einzureichen.

TOP 6

275/2011

Wahl des 2. Beigeordneten

Der Einreicher der Vorlage, Stadtrat Günther – Fraktion Die Linke - erläutert den Grund der Erarbeitung der Vorlage. Zum einen haben alle Fraktionen signalisiert, dass sie unter den jetzt aktuellen Umständen deutlichen Sparbedarf sehen, dort wo es sinnvoll und notwendig ist. Da sollte der Stadtrat als Vorbild vorangehen. Zum anderen, wenn diese Vorlage umgesetzt werden soll, hat der Bürgermeister dafür Sorge zu tragen, dass der verbleibende 1. Beigeordnete ehrenamtlich seine Tätigkeit im vollen Umfang wahrnehmen kann und der Dienst entsprechend organisiert wird. Was die Machbarkeit betrifft, weist er darauf hin, dass der Landkreis Schmalkalden – Meiningen, der von Umfang und Aufgaben viel größer ist als die Stadt, sich seit langer Zeit schon keinen 2. Beigeordneten mehr leistet.

Herr Günther bittet um Zustimmung der Vorlage.

Stadtrat Czapla hatte bereits schon beim Bürgermeister angefragt, wie er selbst dazu steht und wartet auf eine Antwort. In der Vergangenheit war es so, dass der Bürgermeister längerfristig ausgefallen ist. Der 1. Beigeordnete Siegfried Naujoks hatte aufgrund seines Ruhestandes die Vertretung zeitlich einordnen können. Herr Obst ist berufstätig und hier werden schon Probleme gesehen.

Was die Einsparung betrifft, wird dies begrüßt, aber dann auch konsequent. Seinerzeit wurde der Fraktionsstatus für die Bürgerunion mit 2 Stadträten nach der Wahl beschlossen. Das kostet uns auch 1000 € im Jahr. Dies könnte bei der nächsten GO-Änderung wieder zurückgenommen werden.

Weiterhin spricht er die Einladung für die BA-Sitzung am 06.12.2011 an, auf dessen Tagesordnung nur 1 Punkt steht und keine weiteren Vorlagen. Dieser Punkt hätte im Januar 2012 auf die Tagesordnung gesetzt werden können und man hätte eine Sitzung eingespart.

Auf die Frage zum 2. Beigeordneten erinnert der Bürgermeister daran, dass die Stadt in der Zeit von Juni 1995 – März 1997 einen ehrenamtlichen Bürgermeister hatte, Herrn Jochem Vonderlind, da der damalige Bürgermeister Fr. Kipper suspendiert war, und weiterhin einen 2. Beigeordneten. Der längere Ausfall des Bürgermeisters begründete sich auf 2 Knieoperationen.

Es ist kein Problem, bei rechtzeitiger Abstimmung die Vertretung zu übernehmen. Zudem kann zu jeder Zeit eine Hauptsatzung geändert und der 2. Beigeordnete wieder gewählt werden.

Stadtrat Bumann von der SPD-Fraktion sieht die Sache anders. Die Einsparung aufgrund des Verzichtes des 2. Beigeordneten hält er für die falsche Begründung. Man sollte bedenken, dass Herr Naujoks in der Zeit des 1. Beigeordneten nicht mehr berufstätig war. Herr Obst ist berufstätig. Die Vertretung dann abzusichern, hält er für problematisch. Es ist nicht so, dass die Beigeordneten nicht nur repräsentative Aufgaben zu erfüllen haben, es gibt auch dienstliche Obliegenheiten und Verwaltungsentscheidungen. Er erinnert daran, dass der Bürgermeister nach wie vor als Mitglied des Landesvorstandes und auch des Bundesvorstandes seiner Partei fungiert.

Es ist auch gesagt worden, es könnte eine Vertretung durch Amtsleiter stattfinden. Es gab in der Vergangenheit genügend repräsentative Aufgaben, wo die Stadt nicht vertreten war. Aus diesen Gründen sollte ein 2. Beigeordneter gewählt und nicht in erster Linie aus Spareffekten darauf verzichtet werden.

Durch den Bürgermeister wird entgegnet, dass zu 99 % die Vertretung durch den 1. Beigeordneten aus Urlaubs- bzw. Krankheitsgründen wahrgenommen wurde.

Ob man jede Einladung wahrnimmt und die Aufwandsentschädigung für einen 2. Beigeordneten zahlt, sollte überlegt werden. Herr Naujoks war die letzten 4 Jahre nicht mehr berufstätig, davor war er noch als Beamter im Landratsamt tätig.

Stadträtin Wütscher betont, dass sie sich bereits vor 5 Wochen öffentlich dazu positioniert hat. Sie war der Meinung, dass man auf einen 2. Beigeordneten nur schwer verzichten kann. Der aktuelle Anlass hat sie in ihrer Meinung umgestimmt. Die Meinung der CDU-Fraktion hat sich dahingehend revidiert, um das Sparprogramm der Verwaltung zu unterstützen. Herr Czaplá hat aufgrund der geringen Tagesordnung zum BA schon angedeutet, dass es denkbar wäre, den Bauausschuss und den Umweltausschuss zusammenzulegen, was die CDU auch unterstützen würde. Die CDU wird die Vorlage unterstützen, versuchsweise auf den 2. Beigeordneten zu verzichten.

Stadtrat Hanf möchte aus der Sicht des Umweltausschusses eine andere Seite der Medaille beleuchten. Im Rechnungsprüfungsausschuss wurde beispielsweise der 1. Beigeordnete dem Ausschuss als Vertreter des Bürgermeisters zugeordnet. In den 12 Sitzungen der 2 Jahre des Umweltausschusses gab es die Situation, dass der Bürgermeister an 2 Sitzungen verkürzt teilgenommen hat, der jetzige Beigeordnete zur Wahl und 1 mal Herr Naujoks anwesend waren. Er bringt den Vorschlag darüber nachzudenken, beispielsweise den 2. Beigeordneten als zuständigen Vertreter dem Umweltausschuss zuzuordnen, damit auch der im Ausschuss beratende Informationsfluss beim Bürgermeister ankommt.

Der Vorschlag von Frau Wütscher ist der bessere, wenn sie sagt, dass die beiden Ausschüsse Bauausschuss und Umweltausschuss zusammengelegt werden, das auch eine Effektivierung der Arbeit bedeuten würde, ergänzt der Bürgermeister.

Zur Mitgliedschaft im Bundes- und Landesvorstand seiner Partei gibt der Bürgermeister zur Kenntnis, dass die Landesvorstandssitzungen Freitag Nachmittag alle 4 Wochen und die Bundesparteivorstandssitzungen alle 6 Wochen am Wochenende stattfinden.

Demzufolge ist hier keine Arbeitszeit betroffen.

Stadtrat Wiener schlägt eine andere Sparvariante vor. Ihre Fraktion hätten gerne einen 2. Beigeordneten gewählt, um den 1. Beigeordneten zu entlasten. Die Entschädigung für den 1. Beigeordneten könnte man halbieren und für den 2. Beigeordneten einsetzen. Damit würde die Zuwendung für den 2. Beigeordneten eingespart, und eine weitere Vertretung für den Bürgermeister wäre vorhanden.

Stadtrat Günther bringt noch einen Hinweis zum Bauausschuss. Er hat in jeder Sitzung Tischvorlagen, Bauanträge von Bürgern der Stadt. Es wäre nicht bürgernah, wenn die Bauanträge 1 Monat liegen bleiben würden. Er hat kein Problem damit, die Tätigkeit der Ausschüsse zu effektivieren.

Stadtrat Weichler greift den Vorschlag von Stadtrat Wiener auf und stellt den Antrag, das Geld für das Amt des 1. Beigeordneten zu halbieren und damit den 2. Beigeordneten zu finanzieren.

Der vorliegende Antrag der Linkspartei, auf den 2. Beigeordneten zu verzichten, ist der weitergehende Antrag und über diesen muss zuerst abgestimmt werden, erklärt der Bürgermeister.

Abstimmung über Vorlage: 14 dafür, 10 dagegen

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt, dass die Wahl des 2. Beigeordneten bis zum Ende der gegenwärtigen Wahlperiode ausgesetzt wird. Mit der Konstituierung des neuen Stadtrates wird erneut über die Besetzung eines 2. Beigeordneten entschieden. Dies setzt eine Änderung der Hauptsatzung der Stadt Hildburghausen voraus.

mehrheitlich angenommen Ja: 14 Nein: 10 Enthaltungen: 0

TOP 7

Wahl des 2. Beigeordneten, wenn erforderlich

Aufgrund des mehrheitlich gefassten Beschlusses Nr. 275/2011 entfällt die Wahl des 2. Beigeordneten.

TOP 8

257/2011

Ergänzungssatzung für den Bereich östlich der Straße "Am Kreuz" in der Gemarkung Pfersdorf, Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Entwurf der Ergänzungssatzung für den Bereich östlich der Straße „Am Kreuz“ in der Gemarkung Pfersdorf und der Entwurf der Begründung werden in der vorliegenden Fassung (Oktober 2011) gebilligt.

Der Entwurf der Ergänzungssatzung einschließlich der Begründung wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden von der öffentlichen Auslegung der Ergänzungssatzung informiert.

Gleichzeitig werden die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	24
Ja-Stimmen: 24	Nein-Stimmen: 0	Stimmenthaltungen:	0

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

einstimmig angenommen Ja: 24

TOP 9

264/2011

Einzelantrag zur Förderung der Sanierungsberatung 2012 im Städtebauförderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz

Stadträtin Lange regt an, darüber nachzudenken, dass punktuell Objekte vorgenommen werden und Fachleute ins Boot geholt werden, die diese Objekte mit begleiten.

Diese Fachleute sind ebenfalls für die Einzelobjekte zu honorieren, entgegnet der Bürgermeister. Ohne Beantragung müssen diese dann ohne Förderung bezahlt werden, ansonsten können 80 % bei vorheriger Antragstellung gefördert werden.

Der heutige Beschluss bedeutet die Einzelbetragung für den Sanierungsberater zur Aufnahme in das Förderprogramm. Ob dieser Antrag bewilligt wird, ist eine andere Frage.

Auf die Frage von **Stadträtin Wütscher**, ob das Fachpersonal im Bauamt diese Aufgabe übernehmen könnte, äußert der Bürgermeister, dass nur über die Einstellung eines Architekten diese Aufgabe wahrgenommen werden kann.

Im Bauamt wird zum Jahresende eine Personalstelle abgebaut, die ab 1.1.2012 den Bauhof übernimmt.

Stadtrat Bumann bezieht sich auf die Begründung der Vorlage, die aussagt, dass die im HH-Plan eingestellten 6 300 € nicht auskömmlich waren. Das Rechenergebnis von 2011 liegt noch nicht vor.

StR Bumann möchte wissen, ob eine andere Summe, anstatt 20 T€ nur 10 T€, beantragt werden kann, so dass sich der Eigenanteil auf 2 000 € reduziert. Er erinnert auch daran, dass viele Vorleistungen bereits erbracht wurden. Es gibt zahlreiche Konzeptionen und Analysen, Leerstandskataster usw.

Das Rechenergebnis für 2011 wird voraussichtlich 20 T€ aussagen, da bereits eine Deckung der HH-Mittel wegen der Maßnahmen Puschkinplatz, 20 Jahre Stadtsanierung und Knappengasse 18, erfolgte, informiert der Bürgermeister.

Stadträtin Lange meldet sich noch mal zu Wort und äußert, dass wir von dieses Gießkannenprinzip wegkommen müssen. Man muss sehen, was machbar ist und was wir wollen.

Warum soll die Stadt die Förderung nicht in Anspruch nehmen, wenn die Leistungen des Architekten z. B. 2 000 € kosten und diese komplett aus dem Stadthaushalt zu zahlen sind, entgegnet der Bürgermeister. Es kann noch nicht gesagt werden, welche Bauanträge zu Einzelobjekten in den kommenden Jahren gestellt werden. Eine Maßnahme ist gebunden. Dies betrifft die Planung Joh.-Seb.-Bach-Straße/Zetkin-Straße. Es betrifft auch private Baumaßnahmen, die aus fachlicher Sicht beurteilt werden müssen.

Stadtrat Günther verweist auf die ihm vorliegende Broschüre „20 Jahre Stadtsanierung in Hibu.“, die u. a. auf die ca. 50 Mio. € Fördermittel für die Stadt Auskunft gibt, u. a. mit Eigenbeteiligung durch die Stadt und durch private Investoren.

Der grundsätzliche Sinn dieser Vorlage ist es, dass wir zu Geld kommen und nicht verpulvern.

Stadtrat Gutberlet erwartet hinsichtlich der Broschüre von Herrn Brückner, wenn er weiterhin tätig wird, dass er tiefgründiger recherchiert und nicht einen Wohnblock in der Friedensstraße in die Straße der Jugend dokumentiert. Weiterhin ist zu bemängeln, dass auf der Titelseite das Hildburghausen mit Trennstrich versehen ist.

Die Gestaltung und der Text ist alles über Herrn Brückner gelaufen, so der Bürgermeister.

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt die Einzelbeantragung der Sanierungsberatung 2012 im Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz. Die Kosten betragen 20.000,00 € und werden mit 80 % gefördert = 16.000,00 €, die Stadt trägt als Mitleistungsanteil 4.000,00 €.

mehrheitlich angenommen Ja: 18 Nein: 3 Enthaltungen: 3

TOP 10

278/2011

Vergabe "Margarete-Braungart-Preis" für Kunst und Kultur der Stadt Hildburghausen im Jahr 2012

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat Hildburghausen beschließt, die Vergabe des „Margarete-Braungart-Preises“ für Kunst und Kultur der Stadt Hildburghausen im Jahre 2012 auszusetzen.

mehrheitlich angenommen Ja: 23 Enthaltungen: 1

TOP 11

Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsteilbürgermeistern

Stadtrat Dr. Nowak bezieht sich auf den Artikel im Freien Wort über die Hundehalter. Er schlägt vor, diese Berichterstattung zu nutzen, um darauf hinzuweisen, dass die Stadt Hildburghausen durch Hundekot stark verschmutzt ist. Die Anwohner selbst haben keine Zivil-

courage und sprechen die betreffenden Personen nicht an. Die Bürger sollten in der Presse zur Zivilcourage aufgerufen werden.

Der Durchgang von der Bäckergasse zur AOK-Geschäftsstelle ist ein schmaler Gehweg. Dort ist der Durchgang regelmäßig von PKWs zugeparkt. Hier sollten die Politessen verstärkt Kontrollen durchführen.

Stadtrat Bumann verweist auf einen weiteren Artikel im FW zum Überweg in der Marienstraße.

Dies ist auch ein Erfolg der Bemühungen der Landtagsabgeordneten Uwe Höhn und Henry Worms, die über den kleinen Dienstweg mit dem zuständigen Minister das Gespräch führten und die Zusage bekamen, dass eine Lösung gefunden wird. Im Frühjahr soll der Fußgängerüberweg realisiert werden.

Stadtrat Pfeifer spricht ein Problem in Ebenhards an. Die Stadt hat eine Schautafel mit touristischen Attraktionen aufgestellt. Er spricht die negative Seite des Tourismus an. Am Dambachufer wächst aus den Fugen Gras und Erlen. Am Dambachufer führt der Werra-Radweg vorbei. Vielleicht ist die Uferreinigung über den KGUS in Angriff zu nehmen.

Stadtrat Hanuschek verweist auf die zu schließende Grüngutannahmestelle in Leimrieth durch den Landkreis. Jetzt wird befürchtet, dass mehr Müll in den öffentlichen Wäldern abgeladen wird. Gibt es schon Gespräche mit dem Landkreis?

Durch den Bürgermeister wird dargelegt, dass es bereits Anfragen von verschiedenen Stadträten diesbezüglich gibt. Zur schriftlichen Anfrage an den Landrat mit Forderung einer Lösung für Hildburghausen liegt noch keine Antwort vor.

Hier hat sich die CDU-Fraktion in dieser Angelegenheit an den Landrat gewandt, so Stadtrat Obst. Es wird zeitnah eine Lösung geben, dass die Hildburghäuser Bürger ihren Grünschnitt entsorgen können.

Stadtrat Kummer informiert, dass die Wasser- und Abwasserverbände Südthüringen angekündigt haben, eventuell gegen die Finanzierung der Abwasserregelung zu klagen.

Zum Stand Tierheim möchte Herr Kummer eine Aussage.

Diesbezüglich wird vom Bürgermeister dargelegt, dass das Problem darin besteht, dass von den Kommunen im Landkreis nur 2 bereit waren, sich an den Planungskosten zu beteiligen. Aufgrund der finanziellen Situation in den Kommunen ist die Maßnahme auf Eis gelegt.

Stadtrat Tief verweist auf die Hundekotsituation in anderen Städten hin, die eine „Anschleißprämie“ zahlen. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt ist diese Lösung nicht umsetzbar.

Herr Schilling, Ortsteilbürgermeister von Leimrieth, spricht noch mal die Umsetzung des Fußgängerweges in Leimrieth an.

Der Bürgermeister legt dazu dar, dass kurz vor der Errichtung des Überweges die Maßnahme am massiven Widerstand eines Bürgers scheiterte, da an dieser Stelle der Bürger die Zufahrt zu seinem Grundstück hatte. Andere Möglichkeiten gab es aufgrund der Straßenbreite und des Bürgersteiges nicht.

Hildburghausen, den 08.12.2011

Steffen Harzer
Bürgermeister

Karin Haschlar
Schriftführer